

Presstext –

Resolutionsvorschlag an die Föderale Kammer, bezüglich der Abänderung der MWST Gesetzgebung –

Im Hinblick auf eine Verbesserung der Finanzlage der deutschsprachigen Gemeinschaft und der 9 Gemeinden der DG, sowie zur Öffnung neuer öffentlicher Investitionsmöglichkeiten hat die Vivant Fraktion im PDG, einen Resolutionsvorschlag eingereicht zur Abänderung der MwSt. Gesetzgebung.

Hier die Eckpunkte des Vorschlages:

Da alle belgischen Körperschaften laut MwSt.-Gesetzbuch, Artikel 6, als Nicht MwSt. pflichtig gelten, muss die Deutschsprachige Gemeinschaft und alle Gemeinden der DG, sowie übrigens alle Regionen, Gemeinschaften und Gemeinden in Belgien auch die fällige MwSt. für Dienstleistungen und Bauten an den Föderalstaat entrichten.

Die Kosten für öffentliche Bauten, aber auch für Honorare oder Dienstleistungsprojekte erhöhen sich daher immer um die Kosten der Mehrwertsteuer. Sei es für Schulbauten, Straßenarbeiten oder sonstige Investitionen der öffentlichen Hand.

Die Haupteinnahmequelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist wiederum die Dotation des Föderalstaates. Dies bedeutet konkret, dass ein Teil der Dotation des Föderalstaates bei Ausgaben einer Gemeinschaft über die MWSt. sofort an den Föderalstaat zurückgeht.

Volkswirtschaftlich also eine Nulloperation. Sobald, wie zum Beispiel bei einem Investitionsprojekt eine Anleihe aufgenommen wird, ist es jedoch keine Nulloperation mehr. Die MWSt. ist ja sofort fällig und das dazu benötigte Geld muss ebenfalls geliehen werden. Die dabei anfallenden Kapitalkosten (also die Zinsen) stellen somit eine zusätzliche Belastung der öffentlichen Haushalte dar.

Würde die Gesetzgebung dahin gehend geändert, dass alle Körperschaften, also Staat, Regionen, Gemeinschaften, Provinzen und Gemeinde keine MWSt. zu entrichten bräuchten, würde dies zu einer nicht unerheblichen Entlastung der öffentlichen Haushalte und damit letztendlich auch der privaten Haushalte führen, und es würde Raum geschaffen für neue Investitionsprojekte z.B. im Straßenbau etc...

Ziel der Resolution ist auch ein Denkanstoss an die Verantwortlichen in Parlament und Regierung des föderalen Parlamentes, grundsätzlich über die MwSt. Gesetzgebung und deren Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte nachzudenken. Gerade im Hinblick einer kommenden Staatsreform, könnten diesen Überlegungen dienlich sein.

Vivant Fraktion im PDG
Michael Balter und Alain Mertes -